

POLIZEI REPORT

G 6811

ISSN 0937-5333

Nr. 114 · März 2013



Bezirksgruppen Südhessen in der Gewerkschaft der Polizei,
Polizei-Sozialhilfe Hessen e.V. und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

INFORMATIONEN NACHRICHTEN MITTEILUNGEN

POLIZEI REPORT

LIEBES MITGLIED,



ab dieser Ausgabe hat unser Polizei Report ein neues Layout und ist bunter geworden. Ich hoffe, er hält sich gut in den Händen und findet viele interessierte Leser! Für die langjährige Unterstützung und die aktuelle Erneuerung unseres Gewerkschaftsmagazins Polizei Report danke ich besonders den Mitarbeitern des Polizei Report Verlags, Ingeborg Mensch und Henner Jud in Neunkirchen. Allen Inserenten ein herzliches Dankeschön, dass sie ihr Unternehmen in unserer Zeitung bewerben und somit auch die Gewerkschaftsarbeit in der Polizei unterstützen. Eine weitere Danksagung geht an unseren altbekannten Kollegen und Ruheständler Norbert Weinbach, der seit Jahren unermüdlich die Süd Hessenredaktion in Abstimmung mit dem Bezirksgruppenvorsitzenden leitet.

In der Dezemberausgabe kam ich in meinem Vorwort auf die Landtagswahlen und Tarifverhandlungen 2013 zu sprechen. Am 1. Februar 2013 hat die erste Tarifverhandlungsrunde begonnen. Am Verhandlungstisch für alle hessischen Polizeibeschäftigten ist nur die GdP als Spitzenorganisation vertreten! Als die Nachricht umherging, dass von Arbeitgeberseite kein Angebot un-

HPA mit neuer Werbeaktion	
für Kommissaranwärter	5
GdP berechnet Ruhegehalt	5
Vom Streifenwagen ins Personalratsbüro	7
Vertrauen für Hessens GdP-Vorsitzenden	7
Höhere Wertschätzung für Kollegen	
im Schichtdienst gefordert	8
Endlich „DUZ“ verbessern	9
Kollgeialität ist notwendig	9
Mitgliederzahl ist gestiegen	11
Niederlage mit zwei Holz	13
„Wunderbares“ Ereignis	15
Wechsel im Seniorenvorstand	16
Alles Gute Wolfgang	16
Gruppenreise nach Kreta	17
Umgang mit Senioren als Täter u. Opfer	19
GdP ist Mitglied der BAGSO	19
Pflegereform 2013	21
Interesse an der Arbeit der	
Polizei-Senioren	23
Rätsel	23
Vereine, Verbände, Parteien im	
Wandel der Zeit	25
Ein „Komplott“ bedroht uns	27
Kaum zu glauben – aber wahr	27
Interessante Urteile	29

in t a n n

terbreitet wurde, war das keine Überraschung. Das Land Hessen ist nun mal so. Ein Arbeitgeber der seine Mitarbeiter schätzt, macht sich im Vorfeld Gedanken, das ist eine gesunde Erwartungshaltung.

Während die Hauptstadt Berlin das Geld mit vollen Händen verschleudert, muss das Geberland Hessen sparen. Berlin gibt jährlich für Kunst und Kultur 880 Mio. Euro aus. Zum Vergleich: New York 565 Mio. und London 530

Mio. Der neue Flughafen Berlin/Brandenburg (BER) wird statt der geplanten 2,5 Milliarden ca. 4,3 Milliarden Euro kosten. Berlin hat 23 Theater- und vier Opernhäuser. Damit die Requisiten beim Transport zwischen der Übungsbühne und dem Haupthaus nicht nass werden, wird dort ein 100 Meter langer Tunnel in 17 Metern Tiefe für weitere etliche Millionen gebaut.

Mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht wollen Bayern und Hessen eine Reform des Länderfinanzausgleichs erzwingen und das ist, bei so einem Vergleich, auch gut so! Wir zahlen die Zeche und damit muss Schluss sein. Es muss auch Schluss damit sein, dass wir mehr leisten und weniger bekommen sollen. In Hessen kosten Kindergartenplätze monatlich bis zu 400 Euro und in Rheinland-Pfalz sind sie kostenlos! Hessens Beamte arbeiten 42 Stunden pro Woche alle anderen arbeiten weniger. Womit haben wir das verdient? Wie lange wollen wir uns das noch gefallen lassen? Mit Gerechtigkeit und Solidarität hat das schon lange nichts mehr zu tun!

Das erste Wahlgeschenk werden viele Jungkommissare schon im April 2013 erhalten. Die derzeit beabsichtigten Hebungen im Bereich der Besoldungsstufen A 9 (869) und A 10 (261) sehen wir für das Jahr 2013 grundsätzlich als positiv an. Eine Lösung für die Strukturprobleme in der hessischen Polizei ist dies jedoch nicht. Der Flaschenhals in der A 10 wird immens steigen und damit immer enger werden. Hebungen oberhalb der A 11 sind dringend geboten. Hier erkennt man genau die fehlende Wertschätzung für Dienstgruppenleiter von kleinen Dienststellen und für stellvertretende Kommissariatsleiter in der Besoldungsstufe A10. Und davon haben wir etliche! Wir haben auch auf

der PSt Rüsselsheim und auf der PSt Heppenheim Dienstgruppenleiter in A12 und A11. Beide machen die gleiche Arbeit! Es wäre richtiger und gerechter gewesen, primär diese Strukturprobleme zu lösen. Es kann nicht angehen, dass Funktionsträger für ihre Verantwortung nicht höher oder mindestens gleich besoldet werden. Meine Kritik ist deshalb berechtigt, weil man nur an die Gegenwart denkt und nicht nachhaltig eine Lösung angestrebt hat. Es ist durchschaubar, dass die Überlegung der Landesregierung folgende war: Wie können wir mit dem Geld möglichst viele „Wähler“ erreichen?

„Diese Hebungen sind ein guter Ansatz, ersetzen aber nicht die verbesserungswürdigen Erschwerniszulagen für die besonders belastenden Dienste“, so der Landesvorsitzende der hessischen GdP, Jörg Bruchmüller, gegenüber dpa.

Im Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP vom 30.11.2012 (Drucksache 18/6690) steht als Abschlussatz: „Eine Ansatzserhöhung ist entbehrlich. Mehrausgaben werden im Rahmen des Haushaltsvollzugs aufgefangen.“ Also wenn diese Hebungen nicht mehr Geld kosten, weil sie aufgefangen werden, stellt sich die Frage von wem?

Letztes Jahr sollte noch die Beihilfe gekürzt werden, weil man dem Sparzwang unterworfen war. Ist das alles vorbei? Es stellt sich die Frage, hat man über Jahre Rücklagen gebildet um genau im Superwahljahr mit diesen Stellenhebungen zu punkten? Rückt die Beihilfenreform nach der Landtagswahl wieder ins Visier der Landesregierung?

Sind die Stellenhebungen eine Art Ballungsraumzulage? Was ist mit den Kommissar/innen die nach 2015 fertig werden? Müssen die länger als vier Jahre warten? Das ist leider nicht geklärt

und deshalb empfinde ich dieses Paket, für all jene die es nicht erreicht, als Mompäckchen. Wir haben auch ältere A10 die mit 56 und älter noch EvD-Dienste absolvieren oder im Wechselschichtdienst sind und keine Chance auf eine A11 haben. Man sagt mir nach, dass ich immer das Bestmögliche erzielen möchte. In NRW kann man im Streifendienst und im Kommissariat auch die A11 für seine Leistung erhalten, und das ohne Dienst- und Fachaufsicht. Warum können wir das Positive anderer Bundesländer nicht kopieren?

Die Fraktionen im Hessischen Landtag wären gut beraten gewesen, die DuZ zu verbessern. Bei einer Verbesserung der DuZ hätte man ca. 8000 Polizeibeschäftigte erreicht. Außer der Tatsache, dass die Kolleg/innen beispielsweise im Wechselschichtdienst oder für EvD-Dienste bei einer 42-Stundenwoche zu wenige Erholungsphasen haben, werden sie für diese belastenden Dienste nahezu lächerlich entlohnt. „Für einen Nachtdienst in Hessen erhält ein Kollege nicht einmal halb so viel, wie der gleiche Kollege in Bayern“ so Bruchmüller weiter.

Diese Landesregierung hat es weiterhin geschafft eine gesonderte Wechselschichtzulage für die Operativen Einheiten auf die lange Bank zu schieben. Nach dem Austritt aus der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) im Jahre 2004, also seit neun Jahren, hätte man das schon erwarten können.

Abschließend bleibe ich dabei, wer so politisch gestaltet, dem gehört die Verantwortung entzogen, und das unabhängig von welcher Partei die Regierung gestellt wird.

Und damit möchte ich es belassen. Ihr merkt, wir sind am Ball und lassen uns nicht blenden.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen
Antonio Pedron



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen

der Bezirksgruppe Südhessen
der Gewerkschaft der Polizei und der
Polizeisozialhilfe Hessen e.V. und der
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

für Südhessen mit den Kreisen
Groß-Gerau, Darmstadt, Bergstraße, Odenwald
und D V/S Südhessen

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg Bruchmüller
(Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,
Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Andreas Jochum, Stephan Buschhaus

Redaktion/Redaktionsanschrift:

GdP BZG Südhessen

Norbert Weinbach, Antonio Pedron

Die Bezirksgruppe im Internet:

www.gdp-bzg-suedhessen.de

Druck und Verarbeitung: NK-Vertrieb GmbH, Abt.
NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.
Redaktionsschluss 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-5333)

HPA MIT NEUER WERBEAKTION FÜR KOMMISSARANWÄRTER

Die HPA in Wiesbaden, verantwortliche Abteilung in der hessischen Polizei für die Nachwuchsgewinnung von Kommissaranwärter/innen, initiierte jetzt eine neue und interessante Werbebanneraktion quer durch Hessen. Jedes Polizeipräsidium hat ein Banner (2x4m) zur Verfügung gestellt bekommen, um es an einer stark frequentierten Polizeiliegenschaft aufzuhängen.

EINSTELLUNGSBERATUNG UND PERSONALRAT AUF EINER LINIE

Durch den Einstellungsberater des Polizeipräsidiums Südhessen, Werner Klose (PÖA, Tel. 06151- 969-2413), wurde die Idee an den Personalrat herangetragen.

Gemeinsam haben wir uns Gedanken gemacht und kamen sofort zu dem Ergebnis, dass das auch Thema von Personalräten und Gewerkschaften ist. Die Personaldebatte ist leider Dauerthema.

Die Auftaktstation startete Anfang Januar 2013 bei der PD Groß-Gerau in Rüsselsheim. Gemeinsam mit Werner Klose haben wir das Banner im Blickfeld der Öffentlichkeit aufgehängt. Dort hängt es für mehrere Wochen und geht dann innerhalb Südhessens weiter auf Reisen. Die Idee finde ich persönlich gut und wenn sie richtig umgesetzt wird, auch erfolgversprechend. Verbesserungsvorschläge, Kritik und Anregungen nehme ich gerne entgegen und leite diese an die HPA weiter. Die Aktion lebt von uns und von unseren Erfahrungen.

Jeder von uns ist in ideeller Weise eine Art Werbeträger und Aushängeschild der hessischen Polizei. Wir alle haben mal die eine oder den anderen auf den Polizeiberuf angesprochen und zum Einstellungsberater geschickt. Ich unterstelle auch, dass die meisten den örtlich zuständigen Einstellungsberater kennen. Auf der einen Seite freut es mich sehr, an so einer Aktion beteiligt zu sein, auf der anderen habe ich auch meine Erfahrung sammeln können.

VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF?

Einen Verbesserungsvorschlag, den ich Mitte Januar 2013 an die HPA weitergab, war die Umsetzung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wie auf dem Werbe-



Toni Pedron mit dem neuen Werbebanner. wk

versprechen. Ein zukünftiger PK-A aus einem anderen Bundesland ist Schwager eines Kollegen mit Dienstort in Südhessen. Dieser nahm Kontakt mit der Einstellungsberatung der HPA auf und erklärte, dass er bei seinem Schwager für die Dauer des Studiums wohnen könne und bat um einen Studienplatz an einem bestimmten Studienort. Um die Geschichte zu verkürzen, anstatt ihm entgegen zu kommen, ließ man ihn im nebulösen Raum mit absolut kalter Unverbindlichkeit.

Deshalb wurde ich auch in meiner Funktion als Personalrat gebeten, aktiv zu werden. Ich hatte bei diesem Telefonat das Gefühl, als hätte ich mit einer betriebsfremden Abteilung zu tun. Meine Forderung, die Familienzusammenführung zu ermöglichen, stieß auf bürokratische Kälte. Natürlich duzten wir uns nicht. Das Telefonat hat auch dann einen sachlichen aber kritischen Lauf genommen. Ich erwarte von einer Einstellungsberatung, dass sie jungen Menschen, die

bereit sind ihren Lebensmittelpunkt in das Rhein-Main-Gebiet zu verlegen, auch unterstützt. In den letzten Jahren habe ich vermehrt die Wahrnehmung, dass junge Kolleg/innen, die nicht ihre Wurzeln in Hessen haben, sich ohne ihre eigene Familie schwer tun. Sie pendeln, fühlen sich nicht wohl und sind ständig auf Reisen zwischen Heimat und Dienstort, jeder unvorhersehbare Dienst ist Belastung. Die Hessische Polizei braucht Menschen die sich mit ihrem Dienstort identifizieren und insbesondere in den südhessischen Ballungsräumen, wie Frankfurt, Offenbach, Darmstadt und Wiesbaden. Ich vertrete den Standpunkt, dass auch bei neuen Anwärtern ein dienstliches Interesse bestehen muss, um den Dienstbetrieb nachhaltig zu fördern und das geht nur, wenn man kollegial und im sachlichen Dialog ergebnisorientiert aufeinander zugeht. ■

Antonio Pedron

GDP BERECHNET RUHEGEHALT FORMBLATT BEI DER GESCHÄFTSSTELLE ANFORDERN

Wer im Dienst in die Jahre gekommen ist und nicht so genau weiß, wie hoch ihre/seine Pension sein wird, die/der kann das natürlich als Faustformel selbst ausrechnen. Mann oder Frau können sich aber auch an die Geschäftsstelle der hessischen GdP wenden, per E-Mail, Telefon oder Brief. Dort gibt es nämlich ein Computerprogramm „Ruhe Gehalt Plus“ mit dem Geschäftsführer Bernd Kuske-Schmittinger die künftige Pension errechnet. Aus Erfahrung weiß er, dass diese Berechnung, mit wenigen Cent Unterschied, meist dem Betrag entspricht, den die Pensionsregelungsbehörde auch errechnet.

Wichtig ist, bei der GdP ein Formblatt anzufordern, es ausgefüllt zurückzuschicken, zusammen mit der möglich neuesten Kopie eines Gehaltsauszuges. Dann läuft der Service der GdP.

Adresse: Gewerkschaft der Polizei, Wilhelmstr. 60a, 65183 Wiesbaden; Telefon: Bernd Kuske-Schmittinger, 0611-9922750; E-Mail: bks@gdp-online.de nw

VOM STREIFENWAGEN INS PERSONALRATSBÜRO

MIKE MAJEWSKI VERTRITT MICHAEL SCHWEIKERT UND ANTONIO PEDRON

Eigentlich begann die wechselvolle Geschichte von Michael (Mike) Majewski, Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe Bergstraße, bei einer Sitzung des Vorstandes der Bezirksgruppe (BZG) Südhessen. Da wurde nämlich nach einer Lösung gesucht, wie man wegen der langwierigen Krankheit von Michael Schweikert, Vorsitzender des Personalrats beim Polizeipräsidium Darmstadt, und seinem Vertreter, Antonio Pedron, der über sein Lebensarbeitszeitkonto (LAK) Stunden „abfeiern“ wollte, die Arbeit im Personalratsbüro organisieren könne. Toni wollte die Stunden nehmen, da seine Ehefrau kurz vor der Geburt einer zweiten Tochter stand und er zuhause helfen und die schon vorhandene kleine Tochter betreuen musste. Natürlich wollte er auch seine Ehefrau in den ersten Wochen unterstützen.

Ohne Michael Schweikert und Toni Pedron wären im Personalratsbüro dann zeitweilig, weil in Altersteilzeit, nur noch Annerose Meierewert (zuständig für Tarifbeschäftigte) und, ganztags, Heini Schmitt (DPoIG) tätig. Und dann managt noch Anke May das Geschäftszimmer. Bis auf den Mann von den „Blauen“, sind alle anderen langjährige Mitglieder der GdP. Da war schnell klar, dass nur ein GdP-Mann (oder eine GdP-Frau) als Vertretung in Frage kommt. Das „Gleichgewicht“ sollte wieder hergestellt werden.

MIKE MAJEWSKI MELDETE SICH FREIWILLIG

Viele Freiwillige wurden so schnell nicht gefunden. Es sollte ja auch jemand sein, der sich in der Personalratsarbeit ein wenig auskennt und der nicht auf den Mund gefallen ist. Die Wahl des Vorstandes fiel auf Mike Majewski, der sich freiwillig bereit erklärte, für zwei Monate ins PR-Büro zu wechseln. Einfach sei das nicht gewesen, offenbarte er jetzt in



Mike Majewski an seinem neuen Arbeitsplatz im PR-Büro in Darmstadt.
nw

einem Gespräch mit dem Polizei-Report. Immerhin sei es ein Wechsel gewesen vom Streifenbeamten (Ansprechpartner für den Bürger) mit all den anfallenden Arbeiten im Wechselschichtdienst, zum Bürobeamten, zur Aufrechterhaltung der Aktivitäten im Personalratsbüro.

Antonio Pedron hatte der Behörde mitgeteilt, dass Mike Majewski ihn vertreten werde, wenn er seine Überstunden abbaue. Er werde die Geschäfte im PR-Büro führen und sei dann auch Ansprechpartner für die Behörde.

GANZ NEUE ERFAHRUNGEN GESAMMELT

Bereits nach vier Wochen stellte Mike Majewski fest: „Das war eine ganz neue Herausforderung für mich, die auch meine Sichtweise auf so manche Entscheidung der Behörde in ein ganz anderes Licht gerückt hat. Jetzt kann ich deren Entscheidungen in ganz anderer Art und Weise verstehen und nachvollziehen“. Das sagte er, obwohl er als ehrenamtliches Personalratsmitglied (nicht freigestellt) die Arbeit dieses Gremiums schon länger kannte. „Ich habe die Behörde von oben nach unten kennen gelernt. Dazu kommt der persönliche Kontakt zur „Führungsebene“ des PPSH, zum Personal im „Mut-

terhaus“ und auch zu anderen Bereichspräsidien“, so seine ersten Eindrücke und Erfahrungen. Die Vielfalt des neuen Arbeitsfeldes sei für ihn eine ganz andere Herausforderung, mache ihm aber sehr viel Spaß. Das sei etwas ganz anderes als zum Beispiel eine Unfallaufnahme, eine Anzeigenaufnahme oder die persönliche Vorsprache eines Bürgers. Es gebe zwar auch im PR-Büro „Mitarbeiter“ die sich teils per Telefon, teils per Mail oder auch direkt persönlich mit einem „Problem“ an ihn als „Personalrat“ wendeten, doch damit komme er aber ganz gut zurecht. Schwieriger sei es, wenn diese Personen hofften, dass man sofort, oder zumindest sehr zeitnah, eine Problemlösung in ihrem Sinne parat habe. Manchmal suchten sie aber auch nur jemand, der ein offenes zuhörendes Ohr habe, um sich etwas von der Seele zu reden.

ZEIT IM PR-BÜRO IST BEGRENZT

Die Zeit im Personalratsbüro ist für Mike Majewski, der nebenbei auch noch einige andere Aufgaben aus seiner vorherigen Tätigkeit zu erledigen hat, zunächst bis zum 15. März begrenzt. Möglich ist, dass er dann aber noch weiterhin aus-hilfsweise dort tätig sein wird/muss, zum Beispiel als Urlaubsvertretung, da Michael Schweikert noch eine längere Zeit arbeitsunfähig sein dürfte.

Wer sich mit Mike Majewski in den vergangenen Wochen unterhalten hat, der dürfte schnell festgestellt haben, dass er der richtige Mann als Vertreter im Personalratsbüro ist. Der hat sicher auch festgestellt, dass ihm die Arbeit recht gut von der Hand geht und dass ihn die anderen dortigen PR-Mitglieder und auch Anke May tatkräftig unterstützen. nwmm ■

VERTRAUEN FÜR HESSENS GDP-VORSITZENDEN

JÖRG BRUCHMÜLLER NEUER SCHRIFTFÜHRER IM GDP-BUNDESVORSTAND

Es hat sich etwas getan im Geschäftsführenden Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Der hessische GdP-Landesvorsitzende Jörg Bruchmüller

wurde zum neuen Schriftführer im Geschäftsführenden Bundesvorstand (GBV) gewählt. Der Gewerkschaftsbeirat, das höchste Gremium der GdP zwischen den

Kongressen, hat Jörg Bruchmüller im Januar 2013 auf seiner Sitzung in Potsdam gewählt. Die Wahl war notwendig geworden, weil sein Vorgänger, Oliver Malchow

(Schleswig-Holstein), das Amt des stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden übernommen hat. Bruchmüller ist seit Dezember 1985 Mitglied der GdP und führt seit 2004 den GdP-Landesbezirk Hessen. Im November 2010 war er von den Delegierten des 24. Ordentlichen GdP-Bundeskongresses in den Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand gewählt worden und amtierte dort seither als stellvertretender Bundeskassierer.

Neu im GBV ist auch Rüdiger Seidenspinner (Baden-Württemberg) als stellvertretender Bundeskassierer. Ebenfalls in



Jörg Bruchmüller, neuer Bundes-schriftführer. nw

den Geschäftsführenden Bundesvorstand gewählt wurde Arno Plickert (Nordrhein-Westfalen) als stellvertretender Bundesvorsitzender. Auch er ist Neuling in diesem Gremium. Er wurde Nachfolger von Hugo Müller (Saarland), der jetzt Vizepräsident des Landespolizeipräsidiums Saarland ist. Notwendig geworden waren diese Wahlen auch, weil der seitherige stellvertretende Bundesvorsitzende Frank Richter (NRW) zum Polizeipräsidenten von Hagen ernannt worden war. gdp/nw

HÖHERE WERTSCHÄTZUNG FÜR KOLLEGEN IM SCHICHTDIENST GEFORDERT

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI BERGSTRASSE

„Eine höhere Wertschätzung für alle Kolleg/innen im Schichtdienst ist notwendig“, forderte Mike Majewski, Vorsitzender der Kreisgruppe Bergstraße der Gewerkschaft der Polizei (GdP) bei der Jahreshauptversammlung seiner Organisation im Café-Bistro-Lounge in Heppenheim. Majewski machte es deutlich an der Tatsache, dass die Zahl der Polizeibeamt/innen, nicht nur an der Bergstraße, abgenommen, die Arbeit aber zugenommen habe. Vor allem auf den Schichtdienst rund um die Uhr würden immer mehr Aufgaben übertragen. Weil der Zahl der Einsatzeinheiten der Bereitschaftspolizei von 17 auf neun verringert worden sei, müsse der Einzeldienst immer wieder zu Sondereinsätzen herangezogen werden. Die Zahl der Überstunden in Hessen gehe in die Millionen. Er alleine habe schon 680 Überstunden. Von einer echten Bezahlung dieser Stunden oder der Möglichkeit, sie geschlossen in Freizeit abzugelten, könne keine Rede sein. Kritik übte er auch an der Übernahme des Tarifergebnisses auf Beamte, das er als „Nullsummenspiel“ bezeichnete. Mike Majewski zählte auf, dass im abgelaufenen Jahr eine Weinbergwanderung durchgeführt worden sei, man habe das 60jährige Jubiläum gefeiert, auf Einladung der SPD-Bundestagsabgeordneten seien zwei Gruppen in Berlin gewesen, ein Seminar für Vertrauensleute sei durchgeführt worden, die GdP habe die Personalratswahlen gewonnen, die Zahl der Mitglieder sei auf 220 gestiegen und einige Kollegen seien in überregiona-



Langjährige verdiente Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei (GdP) des Kreises Bergstraße (unser Bild) wurden bei der Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe in Heppenheim geehrt. nw

len Gremien der GdP und des DGB aktiv. Majewski bedankte sich bei seinem Vorstand für die gezeigte Unterstützung. Der Kassenbericht von Ingrid Domsel wurde abgesegnet. Die Prüfer Fritz Butscher und Wolfhard Kielmann hatten ihr eine einwandfreie Kassenführung bescheinigt.

MITGLIEDEREHRUNG

Mike Majewski ehrte in der Versammlung langjährige verdiente Mitglieder. Für 60 Jahre Mitgliedschaft wurden geehrt: Jack Hebestreit (82 Jahre), Reinhold Maurer (74) und Erich Naumann (74). Hans Meyer wurde für 50 Jahre Mitgliedschaft geehrt. 40 Jahre dabei sind Walter Barthel, Fritz Butscher, Karl Fischer, Helmut Lehne, Jürgen Pfliegensdörfer und Nikolaus Wolf. 25 Jahre halten der GdP die Treue Karl Jungmann, Udo Kettler und Markus Schmid. Der stellvertretende Landesvorsitzende Lothar Hölzgen zeigte Respekt für eine so lange Treue zur GdP.

Vor allem die Mitglieder, die seit 60 Jahren dabei seien, hätten die Irrungen und Wirrungen, die Höhen und Tiefen der Gewerkschaftsarbeit miterlebt. Toni Pedron, südhessischer Vorsitzender der GdP, schlug in die gleiche Kerbe. Diese Mitglieder seien ein Beweis für das Motto der GdP, der mitgliederstärksten Polizeigewerkschaft in der Welt: „Wir sind nicht gut, weil wir groß sind, wir sind groß, weil wir gut sind“.

KRITIK AN DER LANDESREGIERUNG

Pedron und Hölzgen übten in ihren Redebeiträgen Kritik an der Landesregierung, die derzeit mit ihrer Sicherheitsoffensive durch die Lande ziehe und verkünde, wie gut es der Polizei in Hessen gehe. Von einem solchen „Schlaraffenland“ könne bei der Polizei nicht die Rede sein, so Hölzgen. Wichtig sei es, die „Innere Sicherheit“ künftig in den Mittelpunkt zu stellen. Weniger ausgebildete Polizeibe-

amate seien nicht durch den Freiwilligen Polizeidienst zu ersetzen. Politiker aller Parteien müssten sich im Hinblick auf die Landtagswahl 2013 mit diesem Thema befassen. Es gebe in Hessen 13.467 Polizeibeamt/innen.

Diese Zahl reiche nicht, um die anfallende Mehrarbeit zu bewältigen. 550 Neueinstellungen pro Jahr hätten nicht gereicht, die Zahl der Pensionierungen aufzufangen. Die GdP fordere eine Verstärkung der Polizei. Notwendig wäre auch eine Vorratsdatenspeicherung. Nur so könnten viele kleinere Kriminalfälle gelöst werden.

BEZAHLUNG MUSS VERBESSERT WERDEN

Die Sache mit den Dienstaltersstufen, wonach Beamt/innen alle drei Jahre höhergruppiert würden, bis sie ihr Endgrundgehalt erreicht hätten, sei nicht aus der Welt, auch wenn man jetzt von „Erfahrungsstufen“ spreche. Der Europäische Gerichtshof hatte Erfahrungsstufen gefordert. Jetzt habe ein Obergericht festgestellt, dass es in Hessen dennoch starre Dienstaltersstufen gebe, die nur anders benannt seien. Deshalb sei es nicht legal, Beamt/innen das Endgrundgehalt vorzuenthalten, entschieden sie aufgrund von zwei Klagen. Eine hatte ein Polizeiober-

kommissar angestrengt. Wenn der VGH dieses Urteil bestätige, müsse das Land seinen Beamt/innen eine Nachzahlung leisten, die den Betrag von 200 Millionen übersteigen werde. Notwendig sei aber, dass alle Betroffenen Widerspruch gegen ihre derzeitige Bezahlung einlegten. Da sich die hessische Landesregierung, im Gegensatz zu anderen Landesregierungen, weigere, den Anspruch generell anzuerkennen, habe die GdP auf ihrer Webseite ein Widerspruchsformular eingestellt. Der Anspruch gelte immer nur drei Jahre rückwärts. Wer keinen Antrag stelle, habe auch keinen Anspruch auf Nachzahlung. nw ■

ENDLICH „DUZ“ VERBESSERN

GdP HAT MEHRERE FORDERUNGEN ANGEMELDET

Es gebe zahlreiche Forderungen der GdP an den hessischen Innenminister Boris Rhein erklärte der stellvertretende hessische GdP-Vorsitzende Lothar Hölzgen bei der Jahreshauptversammlung der KG Bergstraße. Eine der Forderungen sei die Anhebung der 5 Euro für Dienst zu ungünstigen Zeiten (DUZ). Per Gesetz sei der Betrag seit 2006 eingefroren. Andere Länder hätten den Betrag aber schon erhöht. Der HMdI habe den Betrag zwar anerkannt, wolle ihn aber im Rahmen von Tarifverhandlungen lösen obwohl es einfacher gegangen wäre über eine Verordnung. Eine Erhöhung käme 800 Kolleg/innen zugute. Bedenken müsse man, dass es im Tarifbereich bei Dienst zu ungünstigen Zeiten bis zu 225 Prozent mehr Geld gebe als normal.

Zur anstehenden Tarifverhandlung verwies Hölzgen darauf, dass Hessen nicht mehr der Tarifgemeinschaft der Länder

angehöre, dass alle Verträge alleine für Hessen verhandelt werden müssten. Dazu komme, dass das Ergebnis auch tatsächlich 1:1 auf die Beamt/innen übertragen werden müsse.

Lothar Hölzgen nannte auch die Zahl von rund 1300 eingeschränkt dienstfähigen Beamt/innen. Sie dürften zum Teil keinen Schichtdienst mehr machen, keine Einsätze fahren, keine Uniform oder auch keine Waffe tragen. Zwar bemühe sich das Land, adäquate andere Aufgaben für die betroffenen zu finden, das habe aber nur begrenzt Erfolg. Das Problem liege auch darin, dass die voll einsatzfähigen Beamt/innen die Arbeit der anderen mitmachen müssten. Das führe zu zusätzlicher Belastung und erhöhtem Arbeitsdruck. Entlassen könne man die eingeschränkt Dienstfähigen auch nicht und andere Verwaltungszweige wollten sie auch nicht übernehmen. Das Thema

sei auch für die GdP mit sehr viel Sensibilität zu behandeln.

Die Belastung der Polizeibeschäftigten drücke sich auch in drei Millionen Überstunden aus, die im Jahr 2012 geleistet worden seien. Es gebe dafür aber auch keine ausreichende Bezahlung und Geld alleine könne die Belastung auch nicht reduzieren. Deshalb fordere die GdP 550 Neueinstellungen und eine Verringerung der 42-stündigen Wochenarbeitszeit. Wegen der besonderen Belastung der Wachpolizei habe man deren Wochenarbeitszeit im Tarifvertrag auch auf 38,5 Stunden festgeschrieben.

Eine weitere Forderung sei die Vereinheitlichung der Zulagenregelung und der Sonderurlaubstage für den Wechselschichtdienst und die Beschäftigten in den Operativen Einheiten (OPE). nw ■

KOLLEGIALITÄT IST NOTWENDIG

TONI PEDRON: POLIZEI MUSS SICH SELBST HELFEN

Antonio Pedron, Vorsitzender der BZG Südhessen machte bei der Jubilarenehrung der Bergsträßer Kollegen keinen Hehl daraus, dass es in früheren Zeiten bei der Polizei militärischer zugeht als heute und dass vor allem die ältesten Jubilare das miterlebt hätten. Sie hätten das aber alles ertragen und lieferten da-

durch den jüngeren Polizeibeamt/innen ein gutes Beispiel. Ohne sie hätten wir es heute nicht so gut, versicherte er. Für ihn bedeute Polizei auch Gerechtigkeit, also Hilfe für andere. Die Polizei müsse aber auch sich selbst zu helfen versuchen. „Nur durch Kollegialität können wir durchhalten“, munterte er die Anwesenden auf.

Toni Pedron ging auch auf das Thema „Lebensarbeitszeitkonto“ (LAK) ein. Die Regelung, diese Überstunden am Ende der Dienstzeit zu nehmen, sei unbefriedigend. Wer vor einer regulären Pensionierung sterbe, verliere den Anspruch auf diese Stunden, da sie auf niemand übertragen werden könnten. Eine Bezahlung an die

Erben sei auch nicht möglich. Er riet, die Stunden immer dann zu nehmen, wenn es möglich sei. Die Verwaltung habe darin zunächst ein Problem gesehen, das aber nun auf Druck der GdP gelöst worden sei.

Probleme gebe es auch bei der Vergütung von Mehrarbeitsstunden. Das Geld dafür reiche auch beim PP Südhessen nicht. Die Verwaltung sage: „Es gibt nichts“. Diese Haltung sei unbefriedigend, zumal andere Präsidien andere Wege gingen. Die GdP habe die Thematik der Abgeltung auf den Prüfstand gestellt und wolle sie im Jahr 2013 regeln.

Weiteres Thema war der Objektschutz rund um den Frankfurter Flughafen. Hier wären Geländewagen notwendig. Ein normaler Streifenwagen reiche auf den Waldwegen oft nicht aus.



Lothar Hölzgen, links, steckte Jürgen Pfliegensdörfer die Ehrennadel für 40jährige GdP-Mitgliedschaft an, rechts der KG-Vorsitzende Mike Majewski. nw

Toni Pedron beklagte auch den zunehmenden Druck auf die uniformierte Polizei und die Kriminalpolizei, die vermehrt Einsätze fahren müssten, da die 17 Ein-

satzeinheiten der Bereitschaftspolizei auf neun reduziert worden seien. Im Einzeldienst sei die notwendige Einsatzrüstung oft nicht vorhanden. Die HBP habe Einsatzanzüge vom Bund, die wasserdicht seien.

Auf ein Problem bei den Neueinstellungen machte der BZG-Vorsitzende ebenfalls aufmerksam. Die „Neulinge“ merkten hin und wieder bei der Ausbildung, dass diese Tätigkeit nichts für sie sei. Manche kündigten, manche würden psychisch krank, seien nicht gerade glücklich mit dem gewählten Beruf. Kämen sie in den Einzeldienst, seien sie oft für den Schichtdienst und die verschiedenen Einsätze nicht geeignet. Hier müssten Lösungsmöglichkeiten gesucht werden, forderte Pedron. nw ■

MITGLIEDERZAHL IST GESTIEGEN

37. TREFFEN DER POLIZEIPENSIONÄRE DES KREISES BERGSTRASSE

„Die Gründungsväter der „Bergsträßer Polizeipensionäre“ wären stolz auf das lange Bestehen unseres Klubs“, so der Präsident der Vereinigung, Wilfried Seibel, beim 37. jährlichen Treffen, mit Lebenspartnern, im Gasthof „Jäger“ in Heppenheim-Erbach. Seibel ist seit zwölf Jahren Vorsitzender der Vereinigung, die nicht nur aus Männern besteht, aus Pensionären, sondern auch aus Frauen, aus Rentnerinnen und Rentnern. Er freut sich, dass die Zahl der Mitglieder von 16 im Jahr 2000 auf nunmehr 24 angestiegen ist. Das Treffen war gut besucht. Leider mussten die eingeladenen Ehrengäste aus gesundheitlichen Gründen absagen. So entfiel auch das vorgesehene Referat zum Thema „Dubiose Geschäfte und Trickbetrügereien“. Der guten Stimmung tat dies aber keinen Abbruch.

Wilfried Seibel zeigte auf, was im vergangenen Jahr an Aktivitäten organisiert worden war. Dazu gehörte das Kegelmatch gegen die „Alten Herren 72“ aus Heppenheim und das Nikolauskegeln im „Saalbau“. Uschi Hess hatte zum Jahresanfang aus Anlass ihres Geburtstages beim monatlichen Kegeln eine Runde Fleischkäse spendiert. Norbert Ferdinand hatte die Pensionäre Anfang März zum alljährlichen Fischessen eingeladen. Das dazu passende Odenwälder Bauernbrot hatte Gerd Kriegisch spendiert und die Landbutter kam von Helmut Lehne. Seibel bedankte sich bei allen Spendern. Die



Gute Laune herrschte beim Treffen der Bergsträßer Polizeipensionäre und ihren Lebenspartnern im Gasthaus „Jäger“. ws

Pensionäre kegeln an jedem ersten Donnerstag eines Monats in der Gaststätte „Saalbau“ in Heppenheim. Nähere Informationen zu den verschiedenen Terminen gibt es bei Wilfried Seibel, Telefon 06252-913490, in Heppenheim.



Ein Spaziergang am Brandenburger Tor gehört zu der Berlin-Reise der GdP-Pensionäre einfach dazu. ws

BERLIN-FAHRTEN

Seibel erinnerte auch an die beiden Berlin-Fahrten im September und Oktober, organisiert von Fritz Butscher auf Einladung der SPD-Bundestagsabgeordneten. Höhepunkte des Besuchs seien der Besuch im Reichstag gewesen, mit Rundgang durch die Glaskuppel, ein Spaziergang am Brandenburger Tor und der Besuch des „Tränenpalastes“. Das im Jahr 1962 errichtete Gebäude hat seinen Namen von den Abschiedstränen, die dort geweint wurden. Von dort wurden DDR-Bürger nach West-Berlin abgeschoben. Hier hätten Deutsche aus Ost und West unmittelbar erlebt, wie stark sich der „Kalte Krieg“ und die Teilung Deutschlands auf ihr Leben ausgewirkt hätten. Zusammenbrüche wegen Erschöpfung und mehr als 200 Todesfälle hätten belegt, dass auch ein legaler Grenzübergang, meist schikanös durch DDR-Grenzbeamte, eine Tortur gewesen sei.

Tief beeindruckt sei er gewesen beim Besuch am „Großen Wannsee 56-58“, jener Villa, wo im Januar 1942 die berühmte „Wannseekonferenz“ durchgeführt worden sei. 15 hochrangige Nazivertreter hätten sich dort unter dem Vorsitz von SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich getroffen, um den begonnenen Holocaust an den Juden im Detail zu organisieren. Für ihn sei es unfassbar, schockieren und beschämend gewesen, wo mit der „Endlösung“ der Judenfrage eines der größten Verbrechen der Menschlichkeit beschlossen worden sei.

Besucht wurden das Paul-Löbe-Haus und die Bundesanstalt des Technischen Hilfswerks. Es gab Informationsgespräche beim Europäischen-Parlament und beim Bundesrat. Insgesamt war es in ge-



Gerd Kriegisch probierte den Lkw des Technischen Hilfswerks in Berlin aus. ws

schichtlicher und politischer Hinsicht eine informative Reise, so Wilfried Seibel. Ein Kollege, der von dieser Tour einen Film gedreht hatte und ihn vorführte, rief da-

mit noch einmal die angenehmen Erinnerungen an Berlin ins Gedächtnis.

DANKESCHÖN UND GRATULATION

Der Pensionärspräsident nutzte die Gelegenheit aber auch, um sich bei allen Aktiven zu bedanken, die nicht nur zum jährlichen Treffen gekommen seien, sondern auch an den weiteren Aktivitäten teilnahmen. Ein besonderes Dankeschön gab es für Fredi Woißbyk und Klaus Adler, die beim Kegeln das Amt der Tafelschreiber übernommen hätten. Dank sagte er ausdrücklich auch Hartmut Würz, Georg Heldmann und Klaus Adler, die die Organisation des Walter-Heil-Gedächtnis-Turniers übernommen hatten. Glückwünsche überbrachte er Erich Cimniak, der seinen 80. Geburtstag gefeiert hatte. ws/nw ■

NIEDERLAGE MIT ZWEI HOLZ

BERGSTRÄSSER POLIZEIPENSIONÄRE KEGELTEN GEGEN „ALTE HERREN 72“

Zum siebten Mal trafen sich Mitte November die Polizeipensionäre des Kreises Bergstraße zum Kegelmatch gegen die Heppenheimer „Alte Herren 72“. Es war der Tag an dem der frühere Heppenheimer Polizeichef Walter Heil 93 Jahre alt geworden wäre. Ihm zu Ehren wurde dieses Kegelturnier „Walter-Heil-Gedächtnis-Turnier“ getauft. Heil war früher Mitglied der AH-Mannschaft. Traditionell wurde wieder im „Saalbau“ gekegelt. Neu war aber, dass das AH-Team aus Altersgründen nicht mehr zehn auf die Vollen und zehn zum Abräumen spielen wollte, sondern nur noch fünf Kugeln. Das kam auch den Polizeipensionären ein wenig entgegen. Sie waren so stark vertreten, dass einige von ihnen im Team der AH mitspielen konnten. Am Ende hieß es 83 zu 81 Holz für die Heppenheimer AH. Das lag unter anderem daran, dass sich Yo Lutzi, eine



Gute Stimmung herrschte beim Nikolauskegeln der Bergsträßer Polizeipensionäre. ws

starke Keglerin, bei einem Wurf verletzt hatte und zur Behandlung ins Krankenhaus musste. Bester Kegler war Walter Hesse von der AH-Mannschaft. Er spielte insgesamt 44 Holz. Pensionärspräsident Wilfried Seibel ehrte ihn nicht nur mit einer Urkunde, sondern auch mit einem

Polizeiteddy von der GdP. Bester Polizeikegler war Gerd Kriegisch. Er kam auf 37 Holz. AH-Vorsitzender Karlheinz Breitwieser und Ehrenvorsitzender Helmut Sturm nahmen Glückwünsche und Wanderpokal entgegen. Im Jahr 2011 hatten nämlich die Polizeipensionäre dieses Gedächtnisturnier gewonnen. Der Nachmittag endete mit einem gesellschaftlichen Beisammensein in der Gaststätte „Stadtgraben“.

NIKOLAUSKEGELN

Das zweite besondere Kegelmatch war das jährliche Nikolauskegeln der Polizeipensionäre. Es verlief in lockerer Runde am Nikolaustag. Der Nachmittag wurde allen Teilnehmern mit Weihnachtsplätzchen versüßt. Äußeres Kennzeichen dieses Kegelmatches waren die rot-weißen Nikolausmützen, die alle Teilnehmer/innen trugen. nw ■



Siegerehrung beim Walter-Heil-Gedächtnis-Turnier, v.l., Pensionärspräsident Wilfried Seibel, AH-Vorsitzender Karlheinz Breitwieser, Ehrenvorsitzender Helmut Sturm, Walter Hesse, bester Kegler des Turniers. ws

„WUNDERBARES“ EREIGNIS

BEATE WUNDER VERLIESS DIE PAST SÜDHESSEN UND GING IN RENTE

Beate Wunder von der PAST Südhessen wurde Mitte November in einer Feierstunde verabschiedet. Direktionsleiter Jörg Seiderer überreichte der bei allen Mitarbeiter/innen bekannten und beliebten Geschäftszimmerdame die Urkunde. Bevor die feierliche Überreichung stattfand, hatte er unter dem Motto „Ein Original geht in die Freistellungsphase“ eine Präsentation vorbereitet, die einen amüsanten Rückblick auf die dienstlichen Tätigkeiten von Beate warf.

VOM LANDESWOHLFAHRTSVERBAND ZUR POLIZEI

Die im Juni 1950 in Nieder-Ramstadt geborene Beate Wunder begann nach Volks- und Handelsschule ihren beruflichen Werdegang beim Landeswohlfahrtsverband. 1968 wurde sie als Stenotypistin beim RP Darmstadt eingestellt. Zur Überraschung der zahlreich erschienenen aktiven und ehemaligen Beschäftigten konnte ein Bewerbungsfoto von 1968 präsentiert werden. Zu der damals noch beim RP Darmstadt angesiedelten Einsatzleitung der Schutzpolizei wurde Beate 1971 versetzt. Immer wieder konnte PD Jörg Seiderer anhand seiner Recherchen im Vorfeld auf die verdienten zahlreichen Höhergruppierungen von Beate hinweisen. Sie war auch eine Verfechterin der Einführung der Gleitzeit. Für die Betreuung ihres Sohnes sei es ihr ein Anliegen gewesen, den täglichen Dienst später zu beginnen. Dafür sei sie aber auch in den späten Nachmittagsstunden auf der Dienststelle anzutreffen gewesen und habe so auch noch wichtige Dinge des Tages an den Nachtdienst persönlich weitergeben können. Durch eine Umorganisation beim RP Darmstadt kam Beate Anfang 2001 in das Gebäude im Pupinweg. Dort konnte sie dann auch im Dezember 2006 ihr 40jähriges Dienstjubiläum feiern. Die immer wieder eingeblendeten dienstlichen Fotos aus den verschiedenen Jahrzehnten sowie einige Anekdoten amüsierten die Anwesenden. Ebenso wurden als historische Dokumente der handschriftliche Lebenslauf von 1968 sowie ein Prüfungstext für Stenotypistinnen präsentiert. Als besonderes Andenken an die frühen Dienstzeiten von Beate Wun-



Direktionsleiter Jörg Seiderer überreichte Beate Wunder die Ruhestandsbescheinigung.

der hatte PD Jörg Seiderer die Rest-Akte der Personalakte des RP Darmstadt auffindig gemacht und überreichte sie ihr als krönenden Abschluss einer langjährigen Arbeitszeit.

EIN DANKESCHÖN AN DIE NEURENTNERIN

Er bedankte sich abschließend im Namen aller D V/S Beschäftigten für ihre nette und persönliche Art. Als Besucherin der Dienststelle sei sie immer gerne gesehen, ihren letzten Arbeitsplatz könne sie aber nicht mehr aufsuchen. Der sei nämlich schon belegt.

Anschließend fand auch PHK Peter Watzl, S+O Leiter bei der PAST, unter dem Stichwort „Wunder“ lobende und dankende Worte für die angehende Rentnerin. So sei sie ein „Arbeitswunder“ gewesen. Meist sei sie bis 17 Uhr an ihrem Arbeitsplatz anzutreffen gewesen. So konnten auch die späten Anfragen an das Geschäftszimmer noch beantwortet werden. Als „süßes Wunder“ sahen sie die

Beschäftigten. Sorgte sie doch mit dafür, dass im Geschäftszimmer immer ein mit Süßigkeiten gefüllter Teller stand. „Anwaltswunder“ und „Praktikantenwunder“ waren weitere Stichworte. Hatte sie doch immer wieder mit denselben Rechtsanwältinnen und deren Anfragen zu tun. Die Praktikantenbetreuung war ihr auch ein Anliegen. So fühlten sich die Praktikanten „wie bei Mutttern“. Um die „Wundergeschichte“ abzuschließen, war es Peter Watzl tatsächlich gelungen, eine echte original verschlossene „Wundertüte“ aus dem Geburtsjahr von Beate zu organisieren. Daneben wurden ihr ein Präsentkorb mit Sekt, Süßigkeiten sowie Theaterkarten als Abschiedsgeschenk übergeben.

Beate Wunder bedankte sich für den zahlreichen Besuch der aktiven oder ehemaligen Mitarbeiter aus dem Pupinweg und dem RP Darmstadt. Sie freute sich über die vielen lobenden Worte und dass sie so beliebt gewesen sei. Nach diesen Dankesworten wurde sie auch gleich in den Club der Rentnerinnen durch die ehemaligen Mitarbeiterinnen aufgenommen.

Die KG D V/S schenkte Beate Wunder den von ihr lange gewünschten großen Polizeiteddybär. Auf dass sie sich jeden Morgen an ihre alte Arbeitsstätte erinnern möge, gab es als Zugabe noch eine GdP-Kaffeetasse mit einem kleinen Polizeiteddy drauf. Wir bedanken uns auch bei Beate für ihre nette und sympathische Art und wünschen alles Gute für den weiteren Lebensweg. Jh



Gäste bei der Verabschiedung, v.l., Jörg Hartweck, Karl Wesch, Naomi Kadel, Lothar Hennemann. Jh

WECHSEL IM SENIORENVORSTAND

HANS-HELMUT WERKMEISTER LEGT AMT AUS GESUNDHEITSGRÜNDEN NIEDER



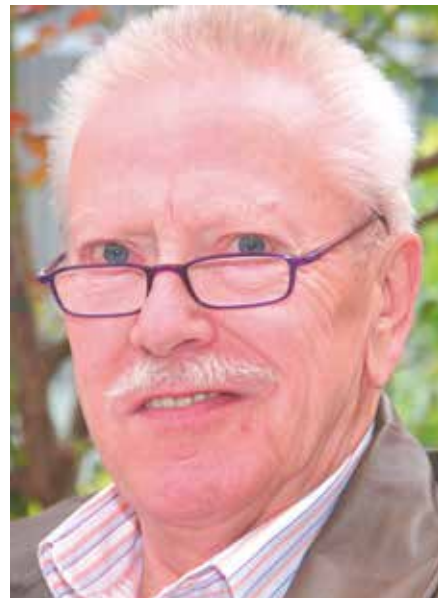
Aus gesundheitlichen Gründen hat Hans-Helmut Werkmeister, Vorsitzender der Frankfurter Kreisgruppe der Senioren und Mitglied des Landesseniorenvorstands seine Ämter niedergelegt. nw

„Ich teile euch mit, dass ich den Vorsitz der Seniorengruppe mit sofortiger Wirkung niederlege. Diesen Entschluss habe ich über Wochen gefasst, geprüft, verworfen und wieder gefasst“. Mit diesen Worten erklärte der Frankfurter GdP-Seniorenvorsitzende Hans-Helmut Werkmeister seinen Rücktritt als Vorsitzender der Frankfurter Seniorengruppe und damit auch als Mitglied des Landesseniorenvorstands (LSV).

Als Grund für Rücktritt nennt Hans Werkmeister die Tatsache, dass ihm sein derzeitiger Gesundheitszustand keine andere Wahl lasse. Nach einem Zusammenbruch im März des vergangenen Jahres mit anschließender intensiver Krankenhausbehandlung war eine weitgehende Besserung eingetreten, sowohl in physischer als auch in psychischer Hinsicht, wie er selbst sagte. Jetzt habe sich sein Zustand aber wieder so verschlechtert, dass erneut medizinische Maßnahmen notwendig seien. Die behandelnden Ärzte meinten, dass weitere Operationen zu erwarten seien. Das lehne er aber, nach seinen Erfahrungen mit dem „Krankenhauskeim“ vorerst ab. Da er auch psychisch angeschlagen sei, habe er keine andere Möglichkeit gesehen, als den Vorsitz der Frankfurter Seniorengruppe nie-

derzulegen. Er hoffe auf Verständnis für diesen Schritt. Er bedankt sich bei allen Senioren für die faire und freundschaftliche Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren. Das gelte auch für die Zusammenarbeit im Landesseniorenvorstand. „Jetzt muss ich einfach kürzer treten“, so sein Fazit. Den Kontakt zur GdP und insbesondere zur Seniorengruppe wolle er aber nicht abreißen lassen, versicherte er.

Als Vorsitzender des Landesseniorenvorstands kann ich im Namen aller Mitglieder sagen, dass wir Hans Werkmeisters Schritt verstehen und es bedauern, dass er nicht mehr in unseren Reihen mitwirkt. Er war einige Zeit Mitglied des LSV und hat durch seine sachlichen Argumentationen viel beigetragen zur Arbeit der Senioren. Auch als Referent bei Seminaren hat er Fachwissen übergebracht. Die Frankfurter Seniorengruppe wird jetzt von Eduard Gottschalk vertreten. Er war auch schon in früherer Zeit für die Frankfurter Senioren im LSV aktiv. Norbert Weinbach



Eduard Gottschalk hat die Vertretung Frankfurts im Landesseniorenvorstand bis auf weiteres übernommen. nw

ALLES GUTE WOLFGANG!

Wolfgang Rachut wurde Ende September 2012 in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Er leitete zuletzt die Abteilung Z3 und war im Kollegenkreis ein sehr beliebter Zeitgenosse und ein fachkompetenter Kollege. Er machte kein Geheimnis daraus, dass er Mitglied der GdP ist. Der Vortragssaal war voll! Viele aktive und bereits im Ruhestand befindliche Kolleginnen und Kollegen waren anwesend. Es wurde viel gelacht und es war insgesamt eine sehr schöne Verabschiedung. Die Urkunde wurde Wolfgang Rachut durch PVP Uwe Brunnengräber überreicht.

Für seine langjährige Treue sprach ich ihm im Namen der GdP unseren Dank aus und überreichte ihm ein kleines Präsent.

Wir wünschen ihm einen langen und gesunden Ruhestand. Alles Gute! ■

Antonio Pedron



PVP Uwe Brunnengräber verabschiedete Wolfgang Rachut in den Ruhestand.

Gruppen-Reise der GdP nach Kreta 2. Oktober– 16. Oktober 2013

Ihre Flugdaten mit Condor

Mittwoch:	02.10.2013	DE 3876	Frankfurt – Chania	14:55 – 19:00 Uhr
Mittwoch:	16.10.2013	DE 3793	Chania – Frankfurt	19:55 – 22:05 Uhr

Bitte beachten Sie, dass es sich bei den genannten Flugzeiten um voraussichtliche Zeiten handelt. Änderungen sind seitens der Fluggesellschaft jederzeit möglich.

Ihr Hotel in Rethymnon

Atlantis Beach Hotel ****



Das Atlantis Beach Hotel, das 2008 und 2009 umfassend renoviert worden ist, besteht aus einem Haupthaus und sechs zweigeschossenen kleineren Gebäuden und ist nur durch die lebhafte Uferstraße vom Sand-/Kiestrand getrennt. Die sehenswerte Altstadt und der Hafen von Rethymnon sind zu Fuß in etwa 20 Minuten erreichbar.

Zu den Einrichtungen des modernen und komfortablen Hotels zählen eine Empfangshalle mit Rezeption, ein moderner Loungebereich und die Lobbybar mit Meerblick, Buffetrestaurant mit Meerblick und eine Bar mit Terrasse. In dem ansprechenden Außenbereich liegen der Süßwasserpool mit Kinderbecken und die Snack-Bar. Liegen und Sonnenschirme sind am Pool inklusive, am Strand gegen Gebühr. Badetücher erhalten Sie gegen Gebühr. Am Abend organisiert das Hotel gelegentlich Live-Musik und Volkstanzgruppen.

Die hellen und komfortablen Zimmer (90) befinden sich im Haupthaus oder in den Nebengebäuden und sind mit Bad oder Dusche/WC, Haartrockner, Klimaanlage, Telefon, Radio, Sat.-TV, Kühlschrank, Internetzugang (gegen Gebühr) sowie Balkon oder Terrasse ausgestattet. Die Zimmer können wahlweise auch mit Pool- oder Meerblick gegen Aufpreis gebucht werden.

Reisepreis:

Atlantis Beach Hotel ****

Pauschalpreis:	1.408,- Euro pro Person im Doppelzimmer inkl. Frühstück
Einzelzimmer-Zuschlag:	258,- Euro pro Person / Aufenthalt
Aufpreis für Halbpension:	133,- Euro pro Person / Aufenthalt
Aufpreis Zimmer mit Poolblick:	129,- Euro pro Person / Aufenthalt
Aufpreis Zimmer mit Meerblick:	258,- Euro pro Person / Aufenthalt

Eingeschlossene Leistungen:

- Charterflüge mit Condor ab/bis Frankfurt in Economy Class inklusive sämtlicher Flughafen- und Sicherheitsgebühren, Kerosinzuschlag (Stand November 2012)
Frankfurt – Chania – Frankfurt
- Transfers Flughafen Chania – Hotel – Flughafen Chania mit örtlicher deutschsprachiger Reiseleitung
- 14 Übernachtungen im Hotel Atlantis Beach inklusive Frühstück / Unterbringung im Doppelzimmer mit Bad oder Dusche/WC
- Ausflugspaket auf Kreta mit örtlicher deutschsprachiger Reiseleitung inklusive aller Eintrittsgebühren:
 - ✓ **Rethymnon:**
Entdecken Sie bei diesem Halbtagesausflug die Hafenstadt Rethymnon mit ihrem venezianischen Charme zu Fuß.
 - ✓ **Chania und Umland:**
Bei diesem Tagesausflug besichtigen Sie Chania, die heimliche Hauptstadt Kretas, mit ihrem historischen Charme und lernen das reizvolle Hinterland kennen.
 - ✓ **Heraklion und Knossos:**
Nach der Stadtbesichtigung von Heraklion besichtigen Sie die Palastanlage von Knossos, das wichtigste Zeugnis der 1. europäischen Hochkultur.
 - ✓ **Der Süden Kretas:**
Ihr Tagesausflug führt Sie durch die fruchtbare Tiefebene von Messara nach Phaestos, der zweitgrößten minoischen Ausgrabungsstätte. Über einige Serpentine erreichen Sie Mantala, das für die einzigartigen Wohnhöhlen bekannt ist.
 - ✓ **Imbros-Schlucht und Südküste**
Bei Ihrem heutigen Ausflug wandern Sie entlang des alten Maultierpfades durch die imposante Schlucht mit ihren engen Passagen zwischen den hohen Felswänden Richtung Südküste (Tourencharakter: leicht / Länge der Schlucht 8 km / Dauer ca. 2 Stunden mit Fotopausen). Anschließend führt Sie Ihr Ausflug weiter entlang der Südküste.
 - ✓ **Gramvoussa**
Ihr Ausflug führt Sie in den äußersten Nordwesten Kretas. Mit einem Ausflugsboot fahren Sie zur Insel Gramvoussa und erleben am Traumstrand Balos Beach ein Stück Karibik an der Nordwestküste Kretas.
- örtliche Steuern/Abgaben
- Reisesicherungsschein

nicht eingeschlossene Leistungen:

- nicht im Programm aufgeführte Mahlzeiten und Getränke
- Trinkgelder für Reiseleitung und Busfahrer
- Gebühren für Gepäckträger am Flughafen und im Hotel
- Ausgaben des persönlichen Bedarfs
- Reiseschutzversicherungen

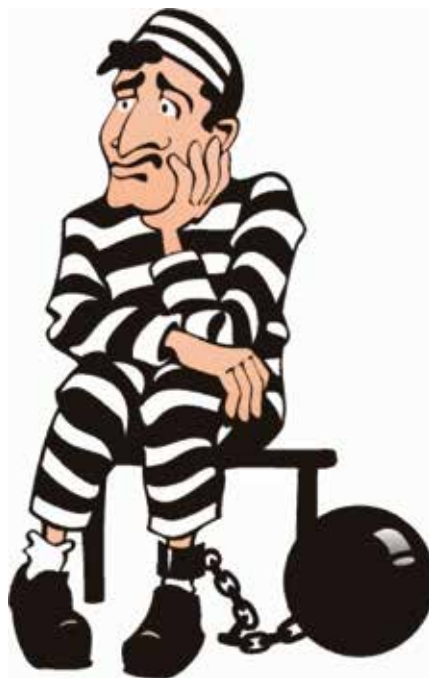
Wer Interesse an der Reise hat meldet sich bitte bei:

**Norbert Weinbach, Lindenstr. 7, 64653 Lorsch, Tel.: 01525-6121912
E-Mail: norbert.weinbach@online.de**

UMGANG MIT SENIOREN ALS TÄTER UND OPFER

GDP-VORSITZENDER BERNHARD WITTHAUT FORDERT SPEZIELLE POLIZEI-AUSBILDUNG

Die Polizei müsse vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in Deutschland bei der Kriminalitätsbekämpfung besser auf den Umgang mit älteren Menschen vorbereitet sein. Nach Einschätzung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) haben es Polizeibeamt/innen bei Straftaten immer öfter mit Senioren zu tun. „Dabei werden über 60-Jährige sowohl als Opfer beispielsweise krimineller Betrüger vernommen oder nach einer Straftat als Tatverdächtige“, so der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut. Diese Täter oder Opfer erschienen nach Straftaten oft äußerst hilflos oder emotional stark angegriffen. Sie müssten in diesen Ausnahmesituationen möglichst aufgefangen werden, auch um Hinweise für die Ermittlungen zu bekommen. Es sei zu bedenken, dass es in dieser Tätergruppe auch eine durch Altersprozesse entstehende Schuldunfähigkeit geben könne. Die GdP fordert deshalb eine spezielle Ausbildung der Polizeibeamt/innen,



Die Zahl der tatverdächtigen Straftäter über 60 Jahre liegt bei 152.000. nw

damit sie dieses Phänomen professionell bearbeiten können.

152.000 TATVERDÄCHTIGE

Laut Statistik des Bundeskriminalamtes (BKA) aus dem Jahr 2011 wurden bundesweit rund 152.500 tatverdächtige Männer und Frauen ab 60 Jahren registriert. In der 1993 erschienenen ersten gesamtdeutschen Kriminalstatistik waren es 103.000. Das ist eine Steigerung von fast 50 Prozent. Bei jährlich mehr als zwei Millionen Tatverdächtigen ist der Anteil dieser Altersgruppe in den knapp zwei Jahrzehnten von fünf auf 7,2 Prozent gestiegen. Gut zwei Drittel der Taten würden von Männern begangen.

Immer mehr Menschen ab 60 Jahren werden auch als Opfer von Straftaten gemeldet. Laut BKA lag deren Zahl im Jahr 2002 noch bei rund 43.400. Im Jahr 2011 waren es fast 53.200. gdp/nw ■

GDP IST MITGLIED DER BAGSO

SENIOREN-ORGANISATION MIT MEHR ALS 13 MILLIONEN MITGLIEDERN

Auf Anregung des Bundesseniorenvorstands der GdP ist die Gewerkschaft der Polizei jetzt Mitglied geworden bei der BAGSO. BAGSO steht für „Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V.“. Diese Organisation handelt als Lobby der älteren Menschen in Deutschland. Unter dem Dach der BAGSO haben sich mehr als 115 Organisationen mit mehr als 13 Millionen Mitgliedern zusammengeschlossen. Sie vertritt die Interessen der Senior/innen gegenüber Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – auch im Hinblick auf nachfolgende Generationen. Darüber hinaus, so schreibt die BAGSO, zeigt sie durch ihre Publikationen und Veranstaltungen Wege für ein möglichst gesundes und kompetentes Altern.

ARBEIT DER BAGSO

Auf ihrer Homepage informiert die BAGSO über ihre Arbeit. Da heißt es:

Wir informieren die Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung und



Das Logo der BAGSO. nw

des Deutschen Bundestages über die Anliegen älterer Menschen und über die Möglichkeiten zur Verbesserung ihrer Lebenssituation.

Wir vertreten die Interessen älterer Menschen bei Anhörungen im Deutschen Bundestag. Wir engagieren uns in Netzwerken und Gremien auf nationaler und internationaler Ebene. Wir geben

Stellungnahmen zu aktuellen Fragen der Seniorenpolitik heraus, wie soziale Sicherung, Gesundheit und Pflege, Verbraucherschutz, Partizipation und Engagement. In Fachkommissionen, die verbandübergreifend zusammengesetzt sind, bündeln wir Erfahrungen und Fachkompetenzen der BAGSO-Verbände zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten. Alle drei Jahre veranstalten wir den Deutschen Seniorentag. Wir führen Tagungen, Seminare und Workshops durch.

Wir sind beteiligt an verschiedenen Projekten, wie z.B. „Im Alter IN FORM: Gesund essen, mehr bewegen“, „BAGSO-empfohlen“ oder „Internet erfahren“. Wir veröffentlichen Broschüren zu aktuellen Themen, den digitalen Newsletter „BAGSO-aktuell“ und die Fachzeitschrift „BAGSO-Nachrichten“.

FINANZIERUNG

Finanziert wird die BAGSO nicht unbedingt über ihre Beiträge, die sehr niedrig

sind, sondern durch Millionen Steuergelder der verschiedenen Bundesministerien, die in irgendeiner Form etwas mit älteren Menschen zu tun haben. Erledigt wird die Arbeit der BAGSO in Arbeitskreisen, die sich mit verschiedenen Themen befassen. Auch die GdP wird künftig in Fragen der Sicherheit in diese Arbeitskreise einbezogen.

Vorsitzende ist die frühere Bundesministerin Prof. Dr. Dr. h.c. Ursula Lehr. Durch ihre frühere Mitgliedschaft in der Bundesregierung hat sie natürlich sehr gute Beziehungen in die unterschiedlichen Ministerien und ist so eine ausgezeichnete Interessenvertreterin der Senior/innen.

Die BAGSO ist für ältere Menschen auch deshalb interessant, weil sie, meist kostenlos, gedruckte Informationen liefert. Dazu gehören Themen wie:

Altersfreundliche Stadt, „Entlastung der Seele“ – Ratgeber für pflegende Angehörige, Positionspapiere zur Alterssicherung und zu Altersgrenzen. Es gibt Checklisten zum Thema „Betreutes Wohnen“ und „Das richtige Pflege- und Seniorenheim“, um nur einige Beispiele zu nennen.

INTERNET FÜR SENIOR/INNEN

Die neue und sehr interessante Broschüre „Wegweiser durch die digita-

le Welt“ für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger wurde finanziert durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Dieser Wegweiser ist, auch in größeren Mengen, zu beziehen über:

Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 481009, 18132 Rostock

Informieren kann man sich bei: publikationen@bundesregierung.de, Telefon 01805-778090.

Die Broschüre informiert unter anderem über den Computer mit Internet-Zugang, über Virenschutz, die Verwendung und Bedeutung von E-Mails, Soziale Netzwerke, Freundschaftsbörsen, Suchmaschinen und Lexika, über Medizin-Portale im Internet, wie man Urlaubsziele online bucht, wie man Bankgeschäfte abwickelt, über Kauf im Internet und auch über Smartphone und Tablet-PC. Interessierte Leser/innen erleben schnell, dass sie vor den digitalen Medien keine Angst haben müssen.

APS-PROGRAMM DER GDP

GdP-Mitgliedern gibt diese Mitgliedschaft die Möglichkeit, sich über alle altersrelevanten Themen zu informieren. Es ist eine Ergänzung zum APS-Programm der GdP. APS steht für „Aktivprogramm für Senioren“. Es ist eine Arbeitsmappe,

die sich gliedert in die Teilbereiche: Vorsorge, Bildungsangebote, Reiseservice. Zu erreichen ist dieses Programm im Internet unter „Gewerkschaft der Polizei“, Mitgliederbereich, APS. Auskünfte gibt es auch bei den Seniorenvertretern der GdP-Bezirksgruppen.

ADRESSEN DER BAGSO

Unter „www.bagso.de/newsletter.html“ kommt man zur alle 14 Tage neu erscheinenden Informationszeitschrift der BAGSO. Unter „www.wissensdurstig.de“ kommt man zum Kalender für Veranstaltungen und Veranstalter und es gibt auch allgemeine Informationen über die BAGSO. Diese Internet-Adresse nennt sich auch „Bildungsdatenbank 55+“. Die Post-Adresse der BAGSO lautet:

BAGSO, Bonngasse 10, 53111 Bonn, Telefon 0228-24999311, Fax: 0228-249993-20, E-Mail: wittigbagso.de. nw ■



Das Logo der APS der GdP. nw

PFLEGEREFORM 2013

INFOS FÜR VERSICHERTE UND ANGEHÖRIGE

Angesichts der Tatsache, dass die Zahl älterer Menschen in Deutschland, und damit die Zahl pflegebedürftiger Menschen immer größer wird, ist es notwendig, die bestehende Pflegeversicherung zu reformieren, die Leistungen zu verbessern, mehr Pflegekräfte auszubilden, sie anständig zu bezahlen und auch für eine entsprechende Finanzierung zu sorgen. Das Pflegeneuausrichtungsgesetz (PNG) des Bundes sollte diese Reform bringen. Es ist seit dem 1. Januar in Kraft. Zu sehen ist aber, dass das PNG das bestehende Pflegegesetz (SGB XI) nur in einzelnen Punkten erweitert. Die Änderungen aus der Pflegereform 2008 werden fortgeschrieben. Nur wenig in diesem Gesetz ist wirklich neu.

Es ist ein Gesetz, das uns alle angeht, nicht nur die Senior/innen in der GdP, da wir alle älter werden und anfälliger

für Pflegebedarf. Deshalb hat die GdP in Kooperation mit dem DGB eine Broschüre zur Pflegereform 2013 erstellt. Die Broschüre ist im geschlossenen Bereich des Internetauftritts der GdP verfügbar (Sachgebiete/Aufgaben - Abteilung I Grundsatzpolitik/Tarif - Sozialpolitik - Infothek) sowie im APS (Wissenswertes - Pflege und Pflegeversicherung - Die Pflegereform). Größere Bestellmengen der Broschüre können direkt beim DGB über das Bestellsystem zum Preis von 29 Cent pro Broschüre erworben werden.

(https://www.dgb-bestellservice.de/besys_dgb/).

HERAUSFORDERUNGEN NEHMEN ZU

Annelie Buntenbach vom geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB

macht die bestehenden Probleme in einem Vorwort deutlich.

Die Herausforderungen in der Pflege nehmen zu. So wird es im Jahr 2030 nach den Prognosen des Statistischen Bundesamtes etwa 3,4 Millionen pflegebedürftige Menschen geben, das ist ungefähr eine Million mehr als heute. Parallel dazu werden im selben Zeitraum eine halbe Million Vollzeit-Pflegekräfte fehlen. Auch die Familie als „Pflegedienst der Nation“ fällt immer häufiger aus, weil keine Kinder in der Familie da sind oder weil sie woanders leben als die zu pflegenden Eltern. Trotz des Grundversorgungscharakters der Leistungen der Pflegeversicherung sind damit mehr Kosten vorprogrammiert. Mit der Ankündigung der Pflegereform im Sinne eines Pflegeneuausrichtungsgesetzes (PNG) war ursprünglich geplant, eine strukturelle Weiterentwicklung der Pflege

voranzutreiben, um auf die Probleme der Zukunft gut vorbereitet zu sein.

FINANZIERUNG DER PFLEGE NICHT GESICHERT

Seit dem 1. Januar 2013 ist nun ein Gesetz in Kraft, das als Ergebnis des anhaltenden Koalitionsstreites auf den kleinsten gemeinsamen Nenner eingedampft wurde. Die Pflegereform bringt zwar punktuelle Leistungsverbesserungen, vernachlässigt aber den strukturellen Reformbedarf und trägt möglicherweise sogar zu einer weiteren Zersplitterung in der ohnehin unübersichtlichen Versorgungslandschaft der Pflege bei. Das Kernstück der lang angekündigten Pflegereform, die Neu-Definition von

Leistungsansprüchen für pflegebedürftige Menschen, blieb genauso außen vor wie Maßnahmen zur Lösung des Fachkräftemangels in den Pflegebetrieben und eine nachhaltige Finanzierung der Pflegeversicherung. Über diese großen Lücken kann auch die Leistungsausweitung



Broschüre zur Pflegereform

für die an Demenz erkrankten Menschen nicht hinwegtäuschen.

Die gravierendste Fehlentscheidung ist und bleibt die mit Spannung erwartete Antwort auf die Frage nach der künftigen Finanzierung steigender pflegerischer Leistungen. Die Fünf-Euro-Förderung von privaten Pflegeverträgen ist angesichts des Pflegenotstands in Deutschland eine große Enttäuschung. Dieser „Pflege-Bahr“ löst die Probleme der Zukunft nicht, weil damit die notwendige Pflege – vor allem einkommensschwacher Menschen – weder heute noch in Zukunft finanziert werden kann.

Gute Pflege hat ihren Preis. Mit der Weiterentwicklung der Sozialen Pflegeversicherung zu einer solidarischen Bürgerversicherung könnte eine nachhaltige und faire Lösung für alle geschaffen werden. Der DGB, der sich mit Betroffenen und Sozialverbänden im Bündnis für GUTE PFLEGE engagiert, setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass die nächste Pflegereform auch hält, was sie verspricht. ■

INTERESSE AN DER ARBEIT DER POLIZEI-SENIOREN

Die Seniorenarbeit innerhalb der GdP, vor allem in Südhessen, gleicht in einigen Bereichen wohl einer lahmen Ente. Von den meisten Seniorenvertretern der Kreisgruppen höre ich nichts. Ich weiß nicht, was sie für die Senior/innen (Pensionär/innen, Tarifbeschäftigte) unternehmen und sie sagen mir auch nicht, was ich als Seniorenvertreter der BZG an Themen anbieten soll, die allgemein von Interesse

sind. Ich fühle mich da ziemlich alleine gelassen.

Jetzt frage ich alle Senioren, ob sie Interesse an einer Mitarbeit für ältere Menschen haben und welche Themen ich anbieten soll. Gibt es besondere Seminarthemen für Senioren? Sollten wir Seminare auf BZG-Ebene durchführen, vielleicht mit einer anderen BZG zusammen? Habt ihr Interesse an Ein- oder Mehr-Ta-

ges-Ausflügen, an Besichtigungen? Kann/sollte man generell etwas verbessern an der Seniorenarbeit und wenn, was?

Es wäre nett, wenn die Senioren mir eine Nachricht zukommen ließen.

Norbert Weinbach, Lindenstr. 7, 64653 Lorsch, E-Mail: norbert.weinbach@online.de ■

RÄTSEL: HEISSER KAFFEE

Norbert und Fritz aus Lorsch hatten endlich in die Tat umgesetzt, was sie sich schon

so lange vorgenommen hatten: Einen ganzen Tag lang Hamburg zu besuchen. Nach

einem erlebnisreichen Tag sagte Norbert: „Jetzt lass uns schnell zum Bahnhof gehen

und nach Hause fahren“. „Ach was“, entgegnete Fritz, „ein Kaffee im Café muss noch sein“. Im Café blickte Norbert ständig auf seine Uhr und seine Nervosität wuchs. Als der Kaffee dann kam, gab er Milch in seine Tasse hinzu und bemerkte ungeduldig: „Jetzt ist der Kaffee auch

noch kochend heiß. Das dauert ja ewig, bis man ihn trinken kann“. Fritz gab zurück: „Wenn Du die Kaffeesahne nicht hineingegeben hättest, wäre er etwas schneller abgekühlt“.

Über diese Frage gab es eine kleine Diskussion zwischen den beiden, ihren Zug erwischten sie dann aber doch noch. Meine Frage lautet nun: Wie kommt der

Kaffee schneller auf Trinktemperatur – wenn man sofort kalte Kaffeesahne (in der üblichen Tassenportion) hineingibt oder wenn man die gleiche Menge Milch später hinzufügt?

LÖSUNG

Je größer der Temperaturunterschied zwischen einer Flüssigkeit und ihrer Umgebung, desto schneller erfolgt die Temperaturangleichung. Der Kaffee ohne Milch kühlt also schneller ab, erreicht seine Trinktemperatur eher. ■



VEREINE, VERBÄNDE, PARTEIEN IM WANDEL DER ZEIT

NÄHERN ODER ENTFERNEN WIR UNS VON DEN MITGLIEDERN – ODER UMGEKEHRT?

Hoffentlich wird es nicht so schlimm, wie es ist. Oder ist alles genauso wie früher, nur anders?

Früher lebten wir in wenigen aber starken Gemeinschaften. Mit fester Bindung. Wir wollten aktiv sein und uns nicht mit einer passiven Rolle begnügen. Wir lernten unser Handwerk von der Pike auf und wollten mitspielen, wenn die Zeit reif war. Heute sind nicht mehr die Gemeinschaften prägend, sondern die Netzwerke, in denen zwangsläufig auch die einzelnen Bindungen schwächer sind. Im Normalfall wird nur noch nachgerechnet, wie ich mit den Angeboten meinen Mitgliedsbeitrag wieder „einspielen“ kann. Und das war's dann vorerst mal. Wir nehmen mit einem wohlwollenden Desinteresse am Vereinsleben teil. Mitdenken und Mithandeln glatte Fehlanzeige – mangels profundem Wissen.

BLOSS KEIN EHRENAMT ANNEHMEN

Die Übernahme eines Ehrenamtes wird nicht mehr angestrebt, weil es keinen sozialen Aufstieg mit sich bringt. Es wird höchstens als Belastung angesehen. Und deshalb fehlt es auch an der Begeisterungsfähigkeit. Wir spüren deutlich die Problematik der personellen Nachbesetzung und die Schwierigkeit einer zeitgemäßen Führung.

Früher konnte man sich auf seinen Verein oder Verband verlassen. Jeder war für den anderen da, man sicherte sich gegenseitig ab, half sich aus Schwierigkeiten, motivierte sich. Für Ehrgeizlinge, Egomane oder Eitelkeiten war kein Platz. Man hätte ja die Einheit gefährden können. Gemeinsinn war die Devise. Nicht Eigensinn, kein Karrieredenken. Erst mal an die Kernaufgaben.

Das Verrückte ist nur, dass sich etliche Superfunktionäre von Hunderten unfähiger Mitglieder umzingelt fühlen. Aber kein Einziger fühlt sich verantwortlich, diese Unfähigen zu motivieren. Die meisten Schwächen, die sie bei den Mitgliedern sehen, sind doch ein Spiegelbild ihres eigenen Versagens. Denn wer bestimmte Maßstäbe an andere anlegt, muss zunächst damit rechnen, dass es ihn ebenfalls treffen kann. Nicht alle Mitglie-

der sind gelernte Untertanen, aber manche Funktionäre Pappkameraden. Denn sie waren nicht bereit, sich für die auf sie zukommende Arbeit zu interessieren und einzuarbeiten, verzichteten auf menschliche Annäherung und versuchten, auf Anhieb Funktionsposten oder Projektstellen zu ergattern. Es ging ihnen nicht darum, die Dinge richtig zu machen, sondern die richtigen Dinge, um Karriere zu machen.

BASISARBEIT IST EIN FREMDWORT

Für diese Typen ist das Wichtigste das Mikrofon oder der Bildschirm, um ihr Gelaber los zu werden. Basisarbeit ist ein Fremdwort. Sie hören sich am liebsten selbst sprechen und können folglich nicht zuhören. Lamentieren gern nach unten, anstatt nach oben zu protestieren. Aber wenn man nur noch Karriere machen und Geld verdienen will, verliert man den Blick für das Ganze und man versagt als Mensch, Freund, Partner. Denn man sollte eigentlich ein Kumpel, ein Typ sein, der ankommt, der mit Freundlichkeit und positiver Energie auf die Leute zugeht. Dass man manchmal als Klagemauer oder Blitzableiter herhalten muss, ist zum Aushalten.

Unsere Funktionäre werden doch nicht wegen ihres Amtes, sondern wegen ihrer Kompetenz geachtet. Andererseits müssen auch Begabte gefördert werden, wenn sie nicht so hundertprozentig ins Schema passen. Nicht nur „Kompliziertenkenner“ sind gute Leute und nicht alle, die verständlich reden, sind naiv. Jeder soll seine Talente so entfalten, wie sie ihm gegeben sind.

AUF DEM RICHTIGEN WEG

Bei der GdP sind wir, glaube ich, in vielen Bereichen auf dem richtigen Weg. Wir haben eine schlüssige Konzeption, meistens engagierte Mitarbeiter/innen, die die Kraft zur Umsetzung unserer Strategien und den Willen zum Erfolg haben. Wir wissen aber auch, dass man sich über seine GdP nicht nur freuen, sondern auch manchmal ärgern kann. Aber ein echtes Mitglied mag seine GdP, mit all ihren Stärken und Schwächen.

Was alle wissen müssten, ist ganz einfach: Wir müssen unseren Mitgliedern

helfen, die Durststrecken des Berufslebens durchzustehen und dürfen Politiker und Vorgesetzte nicht von der Wirklichkeit abschirmen und der Zeit entziehen. Wenn wir Präsenz zeigen wollen, müssen wir vor Ort sein und auch das Älterwerden annehmen.

Und welche Rolle ist uns Senioren eigentlich in diesem Prozess zugedacht? Wir müssten begehrte „Mitspieler“ sein. Wir haben eine reiche Lebens- und Berufserfahrung, wollen nichts mehr werden, heizen den Wettbewerb nicht unnötig an und stehen keinem im Weg. Und das ist gut so für die allgemeine Stimmung.

Denn wir haben unsere Leistung schon erbracht, haben unsere Ziele erreicht, mit und für die Gewerkschaft. Aber was passiert? Man vertraut uns nicht und lässt uns im Regen stehen. Da müssen andere Zugänge gefunden werden.

KEIN VERSTÄNDNIS FÜR AUSTRITTE AUS DER GDP

Schauen wir uns noch die Austritte an. Wenn „Tarifler“ kündigen, kann ich es noch nachvollziehen (Minirente). Wenn aber Beamte kündigen, hauptsächlich Leute ab

A 15, Erste Hauptkommissare oder prüfungsfreie Polizeihauptkommissare, setzt es bei mir aus. Da spielt doch nicht das Geld die Rolle, sondern der Charakter, die Vergesslichkeit und Undankbarkeit. Aber wir müssen es respektieren. Vielleicht muss es uns erst gelingen, die positiven Merkmale des gewerkschaftlichen Lebens besser zu vermitteln, um auch im Ruhestand Appetit auf die GdP zu machen.

Und dass unseren Mitgliedern auch in dieser Zeit ein gewerkschaftliches Zugehörigkeits- und Gemeinschaftsgefühl gestiftet wird. Früher hatte man Angst, nicht mehr dazu zu gehören. Heute suche ich mir schnell einen anderen Verein aus. Ich bin ja noch in zehn Vereinen Mitglied, die billiger sind, auch wenn sie nichts für meinen sozialen Stand getan haben. ■

Günter Klinger,
Landes-Seniorenvorsitzender Bayern

EIN „KOMPLOTT“ BEDROHT UNS

EINE NACHDENKENSWERTE GESCHICHTE, NICHT NUR FÜR ÄLTERE MITGLIEDER

Es gibt immer wieder interessante Geschichten im Internet. Dabei ist der Verfasser meistens nicht bekannt. Die hier gedruckte Geschichte ist natürlich eine Glosse. Sie gibt es in verschiedenen Versionen immer Mal wieder. Sie soll zum Nachdenken anregen, ob das, was wir erleben, wirklich so unwahrscheinlich ist.

DAS „KOMPLOTT“ GESCHIEHT HIER IN UNSEREM LAND

Hast du bemerkt, dass die Treppen jeden Tag steiler werden. Lebensmittel immer schwerer und Entfernungen immer weiter. Gestern ging ich aus dem Haus und war verblüfft, wie lang unsere Straße geworden ist. Die Gravitation hat auch stark zugenommen in den vergangenen 30 Jahren. Ich spüre es besonders beim Aufstehen von meinem Sofa. Und die Leute sind jetzt auch weniger rücksichtsvoll, besonders die jungen.

Sie flüstern die ganze Zeit. Wenn du sie bittest lauter zu sprechen, wiederholen sie die stille Nachricht mit der Lippenprache. Was denken die sich, bin ich vielleicht ein Lippenleser? Die sind auch wesentlich jünger, glaube ich, wie ich damals in dem Alter war. Andererseits, Leute in meinem Alter sehen älter aus als ich. Unlängst habe ich eine alte Bekannte getroffen und sie ist um vieles älter geworden, so dass sie mich nicht einmal erkennen. Ich selbst kann mein Spiegelbild erkennen. Aber, irgendwie sind sogar die Spiegel nicht mehr so wie sie früher waren.

Außerdem, jeder fährt heutzutage so schnell. Du riskierst Kopf und Kragen wenn du auf der Autobahn unterwegs bist. Alles bremst sich hinter dir ein, ich sehe sie schreien und gestikulieren im Rückspiegel. Ihre Bremsen müssen einen furchtbaren Verschleiß haben.

Auch die Hersteller von Kleidung sind zurzeit weniger seriös. Warum bezeichnen sie plötzlich Größe 36 oder 38 als Kleid der Größe 48 und 50? Glauben sie, dass es keiner bemerkt? Ebenso unseriös sind die Hersteller von Personenwaagen. Denken die wirklich, dass ich glaube, was ich auf der Skala sehe? Ich habe mir nie was aus den Zahlen gemacht. Wen wollen diese Leute reinlegen? Mit der Schrift in meinem Computer ist auch etwas passiert, sie ist kleiner, als sie früher einmal war. Ich wollte jemandem anrufen und berichten, was da vorgeht, aber die Telekom ist auch bei dem Komplott dabei. Sie haben die Telefonbücher in so kleiner Schrift herausgegeben, dass keiner jemals eine Nummer dort finden kann. Alles was ich machen kann ist, diese Warnung weiter zu schicken: Wir sind angegriffen.

Wenn nicht bald was Entscheidendes passiert, wird jeder diese furchtbare Entwürdigung erleben müssen. gdpnw ■

KAUM ZU GLAUBEN – ABER WAHR

OHNE BESONDERE TECHNIK UND HILFSMITTEL ÄLTER GEWORDEN

Hier ist die zweite Glosse für den Report. Dieses Mal geht es nicht darum, was ältere Menschen erleben, sondern was sie alles erlebt haben. Auch diese Geschichte ist aus dem Internet und es gibt sie in verschiedenen Versionen. Diese hier wurde von einem Kollegen eingesendet. Natürlich ist es gut, wenn es heute bessere Techniken und bessere Sicherheitsmaßnahmen gibt wie früher, für alle Menschen, nicht nur die, die vor 1975 geboren worden sind, um eine Zeitgrenze zu ziehen.

VOR 1975 GEBOREN

Bist Du vor 1975 geboren worden? Wenn nicht, dann hat das Folgende nichts mit Dir zu tun. Du kannst aber trotzdem weiterlesen, um zu verstehen, warum ihr nach 1975 Geborenen stets glaubt, an eurer physischen Obergrenze zu sein.

Wenn Du als Kind in den 50er-, 60er- oder 70er-Jahren gelebt hast, ist es rückblickend kaum zu glauben, dass wir über-

haupt noch leben. Das grenzt schon an Heldentum.

WARUM?

Wir saßen in Autos ohne Kindersitz, ohne Sicherheitsgurte, ohne Airbags, ohne Kopfstützen und ohne Kindersicherungen. Unsere Bettchen und Spielsachen waren mit Farben gestrichen, die Cadmium und Blei enthielten. Die Arzneifläschchen aus den Apotheken konnten wir ohne Schwierigkeiten öffnen, ebenso wie die Gefäße mit den Bleichmitteln. Türen, Schränke und Steckdosen waren eine ständige Bedrohung für unsere kleinen Finger.

Wir saßen vorne oder hinten auf dem Fahrrad, natürlich ohne Helm. Unsere Fahrräder waren meistens zu groß und hatten in der Regel keine Gangschaltung. Wenn es einen Platten gab, haben wir vom Vater gelernt, wie man den Schlauch selbst flickt. Unsere Schuhe waren meistens schon eingelaufen durch Bruder, Schwester oder Neffe.

Wasser tranken wir aus der Wasserleitung – nicht aus Kunststoff-Flaschen. Wir aßen Schmalzbrote, Schweinebraten, Schweinshaxen, fette Bratkartoffeln und Süßigkeiten. Keiner scherte sich um Kalorien und wir hatten dennoch keine Gewichtsprobleme. Wir verließen frühmorgens das Haus und kamen erst abends wieder heim. meistens wusste keiner, wo wir waren. Handys gab es damals noch nicht. Unsere Eltern haben uns vertraut.

ES GING AUCH OHNE RECHTSANWALT

Wir haben uns geschnitten, die Knochen gebrochen, die Zähne ausgeschlagen. Niemand wurde deshalb verklagt. Wir waren fast immer selbst schuld.

Wir hatten weder Playstation, Notebook, PC, Video, DVD, iPod, iPhone, Internet oder eigene Fernseher. Wir hatten Freunde. Das Fernsehprogramm begann erst um 18 Uhr. Unsere Eltern bestimmten, was und wie lange TV geglotzt wurde.

Wir spielten Straßenfußball. Nur wer gut war, durfte mitspielen. Wer nicht gut genug war, musste zuschauen und lernen, mit Enttäuschungen umzugehen. Das ging alles ohne Kinderpsychiater.

Manche Schüler rasselten durch Prüfungen und wiederholten Klassen. Das führte nicht zu emotionalen Elternabenden oder zu Änderungen der Leistungsbeurteilung (mit Rechtsanwalt). Wir gingen auch im Winter zu Fuß in die Schule.

Schulbusse gab es nicht. Wir machten unsere Pausenbrote selbst. Und wenn wir das vergessen hatten, gab es in der Schule nichts zu kaufen. Mc Donalds, Burger-King, Döner-Bude, Snack-Bar, Imbiss-Stand, Pizza-Ecke – Fehlanzeige.

Unsere Taten hatten manchmal Konsequenzen. Wenn einer von uns gegen ein Gesetz verstoßen hatte, war klar, dass die Eltern ihn nicht automatisch aus dem Schlamassel heraus boxten. Es war zwar

erstaunlich aber sie waren oft der gleichen Meinung wie die Polizei.

Unsere Generation hat eine Fülle innovativer Problemlöser, risikobereiten Erfindern, Technikern und kreativen Menschen hervorgebracht. Wir hatten Freiheit, Erfolg, Misserfolg, Verantwortung. Mit all dem mussten wir umgehen – und wir wussten auch wie. Und wir haben dennoch überlebt. Denkt einmal darüber nach. nwhf ■

INTERESSANTE URTEILE

ELTERNZEIT NICHT ANSAMMELN

Aufgrund zahlreicher Anfragen wird ein aktuelles Urteil des Sozialgerichtes Speyer bekanntgegeben, das sich darauf bezieht, dass Eltern nur dann Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, wenn ihre Kinder während der Elternzeit nicht älter als 3 Jahre sind. Das hat auch dann Bestand, wenn mehrere Kinder gleichzeitig erzogen werden. Im aktuellen Fall hatte sich eine Mutter die „nicht verbrauchte“ Elternzeit des ersten Kindes aufgespart und wollte diese am Ende der Elternzeit des zweiten Kindes nehmen. Zu diesem Zeitpunkt war das erste Kind allerdings schon älter als 3 Jahre. Die Agentur für Arbeit war der Meinung, dass Zeiten für Kindererziehung nicht aufgespart werden dürfen. Dieser Auffassung schloss sich das Sozialgericht Speyer an und bestätigte im Urteil die Begründung der Bundesagentur.

Az: s 1 AL 31/11 Sozialgericht Speyer

FUSSGÄNGER UND RADFAHRER

Wenn Fußgänger Straßen überqueren, sollten sie nicht nur auf sich nähernde Kraftfahrzeuge achten, sondern sollten auch aufpassen, dass nicht Radfahrer auf einem parallel zur Fahrbahn verlaufenden Radweg angefahren kommen. Sollte es nämlich in einem solchen Fall zum Unfall zwischen Fußgänger und Radfahrer kommen, so gibt es u. U. für den Fußgänger keine Entschädigung. Im konkreten Fall war eine Fußgängerin vor das Fahrrad eines Jugendlichen gerannt, der sich vorschriftsmäßig auf dem Radweg fortbewegte. Sie stieß mit dem Fahrrad zusammen, kam zu Fall und verletzte sich so schwer, dass sie dauerhaft Probleme beim Gehen hat. Sie forderte 15.000€ Schadensersatz und zudem 20.000€

Schmerzensgeld. Dem folgte das Gericht nicht. Die Richter stellten klar, dass Radfahrer zwar grundsätzlich Gefahren erkennen und ihre Geschwindigkeit in solchen Fällen verringern, da sie ansonsten ein erhebliches Mitverschulden am Zustandekommen eines Unfalls hätten. Sie hielten jedoch dem Radfahrer sein jugendliches Alter zugute. Er durfte nach Ansicht der Richter darauf vertrauen, dass sich Erwachsene verkehrsgerecht verhalten. Az: 4 U 3/11-2 OLG Saarbrücken

TARIFWECHSEL DARF NICHT BENACHTEILIGEN

Wechselt ein Versicherungsnehmer innerhalb eines Krankenversicherungsvertrages, so darf er nicht schlechter gestellt werden als vergleichbare Versicherungsnehmer. Das Stellte der Bundesgerichtshof (BGH) in einem jetzt veröffentlichten Urteil fest. Im verhandelten Fall hatte ein Versicherter einer privaten Krankenversicherung zunächst einen Tarif inne gehabt, der vorsah, dass er u. a. für ambulante Leistungen einen jährlichen Selbstbehalt

von 2.300 € zu leisten hätte. Als er für sich einen vermeintlich günstigeren Tarif wählen wollte, der auswies, dass zukünftig ein behandlungsbezogenes Selbstbehalt von 10 € pro Behandlungstag und Arzt/Therapeut sowie von Arznei- und Verbandmitteln zu entrichten wäre, sollte er dennoch, nach rechtlicher Würdigung seiner Krankenkasse, weiterhin die 2.300 € Selbstbeteiligung zahlen. Dagegen wehrte sich der vermeintlich geprellte Versicherungsnehmer. Und das zu Recht, wie der Bundesgerichtshof in seinem Urteil befand. Laut abschließender Rechtsprechung des BGH ist nämlich die Kombination eines absoluten jährlichen Selbstbehaltes mit dem behandlungsbezogenen Selbstbehalt nicht zulässig. Der Versicherer dürfe beim Tarifwechsel, soweit die Leistung im neuen Tarif umfassender ist, für die Mehrleistung einen Leistungsausschluss oder einen angemessenen Risikozuschlag und auch eine Wartezeit verlangen. Allerdings dürfe der Versicherte durch einen „kumulativen Ansatz“ nicht schlechter gestellt werden.

Zehn Marken. 27 Autohäuser. Ein Partner.

Wir haben neue, gebrauchte, praktische, sportliche, elegante, familienfreundliche und preisgünstige Fahrzeuge für clevere, servicebewusste, vernünftige, vielreisende, technikbegeisterte, trendmachende und autoverrante Kunden unter anderem in Aschaffenburg, Darmstadt, Dietzenbach, Frankfurt, Gießen, Hanau, Lohr und Maintal

brass

www.brass-gruppe.de

TÖDLICHE ALLERGIE IST EIN UNFALL DAS OBERLANDESGERICHT (OLG) MÜNCHEN HAT FESTGESTELLT, DASS DER

Tod, der durch eine allergische Reaktion ausgelöst wurde, von der Unfallversicherung abgedeckt ist. Laut Urteil des in Frage kommenden OLG sind Lebensmittelvergiftungen, die auf die Aufnahme verunreinigter, giftiger oder zersetzter Lebensmittel zurückzuführen sind unter dem „Unfallbegriff“ zu definieren. Im konkreten Fall war eine 15-Jährige aufgrund einer allergischen Reaktion verstorben. Das Mädchen hatte Schokolade zu sich genommen, die augenscheinlich Spuren von Nüssen enthielt. Da das Mädchen zu Lebzeiten unter verschiedenen Nahrungsmittelallergien litt, weigerte sich die Unfallversicherung, die gemäß Vertrag vereinbarte Versicherungssumme auszuzahlen. Dagegen zogen die Eltern erfolgreich vor Gericht. Das Gericht verurteilte die Versicherung zur Zahlung der vereinbarten Versicherungssumme. Nach vorliegenden Gutachten, insbesondere das des behandelnden Notarztes, sei der Tod des Mädchens mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit Folge eines allergischen Schocks auf das verzehrte Nahrungsmittel gewesen. Und nach Ansicht der Richter am Oberlandesgericht stelle das versehentliche Verzehren von schädlich Allergenen zusammen mit anderen Nahrungsstoffen einen versicherten Unfall dar.

Az: 14 U 2523/11 OLG München

VOR GEFAHREN MUSS GEWARNT WERDEN

Dass auch kleinere Gemeinden ihrer Verkehrssicherungspflicht nachzukommen haben, wies das Oberlandesgericht in einem Urteil hin. Im aktuellen Fall hatte ein dicker Ast, in etwa 3 Meter Höhe, auf eine kleinere Straße geragt und an einem vorbeifahrenden Lkw Sachschaden in Höhe von 18.000 € verursacht. Einen Hinweis auf diese Gefahrenstelle, die auch Fahrern von Wohnmobilen, Kleintransportern oder gar Bussen zum Verhängnis hätten werden können, gab es nicht. Allerdings beinhaltet das Urteil für den Fahrer des Lkw einen kleinen Wermutstropfen; weil der Unfall nämlich zur Tageszeit, also bei Helligkeit passierte, erhält er lediglich 50% des Schadens erstattet, weil er die Gefahr hätte frühzeitig erkennen können. Somit trägt der Lkw-Fahrer eine Mitschuld. Die Richter stellten jedoch klar heraus, dass wenn der Unfall

in der Dämmerung oder gar zu Nachtzeit passiert wäre, der Besitzer des Lkw sich nicht an der Wiederherstellungskosten seines beschädigten Fahrzeuges hätten beteiligen müssen. Denn ohne Warnhinweise wäre die Gefahrenstelle dann kaum zu erkennen gewesen.

Az: 1 U 549/12 OLG München

UNTERHALT NACH SCHULAUSSBILDUNG

Volljährige Kinder haben nach dem Abschluss ihrer Schulausbildung nicht automatisch und zwangsläufig Anspruch auf Unterhalt. Zwar stehe dem Kind nach dem Ende der Schule eine gewisse Erholungsphase zu, berichtet die „Monatsschrift für Deutsches Recht“ unter Berufung auf einen Beschluss des Oberlandesgerichts Karlsruhe. Allerdings müsse die Ausbildung dann zielstrebig, etwa durch unverzügliche Aufnahme eines Studiums, fortgesetzt werden. In einem kürzlich verhandelten Fall wollte ein volljähriger junger Mann von seinem Vater vor Gericht Unterhalt erstreiten. Der Kläger hatte nach dem Schulabschluss ein freiwilliges soziales Jahr absolviert und während dieser Zeit auch Lohn erhalten. Zwei Monate nach Beendigung des Dienstes wollte er eine Ausbildung beginnen. Er war der Annahme, dass sein Vater ihn während dieser kurzen Wartezeit finanziell unterstützen müsste. Die Klage des jungen Mannes wurde jedoch vom OLG abgewiesen. Das Gericht war nämlich der Auffassung, dass sich der Kläger sofort um die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit hätte kümmern müssen. Volljährige Kinder, die sich nicht in Ausbildung befänden, hätten die Pflicht, jede Arbeitsmöglichkeit auszunutzen.

Az: 2 WF 174/11

IN AUTOMATISCHER TÜR EINGEKLEMMT

Wer zwischen Flügeln automatischer Türen eingeklemmt wird, hat keinen Anspruch auf Schadensersatz. Das geht aus einem jüngst vom Landgericht Nürnberg-Fürth ergangenen Urteil hervor, das in der „NJW-Rechtsprechungs-Report Zivilrecht“, Heft 14/2012, veröffentlicht wurde. Nach Auffassung der Richter am dortigen Landgericht, muss ein Passant damit rechnen, dass solche Türen sich auch unerwartet schließen können. Aus dieser Begründung heraus treffe den Kläger wegen mangelnder Aufmerksamkeit ein erhebliches Mitverschulden. Damit wurde die Klage einer Bankkundin

abgewiesen. Sie war beim Verlassen der Bankfiliale zwischen die sich automatisch schließenden Schiebetüren geraten. Sie hatte zuvor einer anderen Kundin, die die Filiale betrat den Vortritt überlassen und diese passieren lassen, obwohl sie selbst in diesem Moment noch genau zwischen den Flügeln stand. Offenbar schloss die Tür aufgrund verzögert reagierender Bewegungsmelder, obwohl die Klägerin genau zwischen den Türen stand. Dabei wurde die Klägerin eingeklemmt und zog sich Verletzungen zu. Trotz dieses Umstandes sah das Gericht keine Verletzung der Verkehrssicherungspflicht seitens der Bank. Vielmehr warfen sie der Klägerin vor, nicht aufmerksam genug gewesen zu sein.

Az: 12 O 2095/11

KEIN ANSPRUCH AUF KINDERZUSCHLAG

Wenn Großeltern die Vormundschaft für ihre Enkel übernehmen, haben sie keinen Anspruch auf einen Kinderzuschlag. Der entscheidende Unterschied zu den Eltern besteht darin, dass Großeltern im Gegensatz zu den Eltern keine sogenannte Bedarfsgemeinschaft mit den Enkeln bilden. Dies ist die Entscheidung des Landessozialgerichts Rheinland-Pfalz. Im konkreten Fall hatte das Gericht den Großeltern die Vormundschaft für ihre insgesamt 3 Enkel übertragen. Sie erhielten für diese Sozialhilfeleistungen in erforderlichem Umfang.

Die Großeltern wollten aber auch den Kinderzuschlag und strengten deshalb eine Klage an. Kinderzuschlag ist für gering verdienende Familien mit Kindern vorgesehen. Er soll verhindern, dass Eltern wegen der finanziellen Belastungen für ihre Kinder auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind. Diese Lösung wurde von den Großeltern der minderjährigen Kinder angestrebt.

Die Richter am Landessozialgericht lehnten dieses Ansinnen jedoch ab, da die Großeltern mit ihren Enkelkindern auch dann keine Bedarfsgemeinschaft bilden, wenn sie Vormund der Kinder sind. Damit sei diese Form der familiären Gemeinschaft privilegiert. Die Enkel hätten unabhängig vom Einkommen und Vermögen der Großeltern Anspruch auf staatliche Hilfe. Würden Großeltern und Enkel dagegen eine Bedarfsgemeinschaft bilden, wären sie verpflichtet, ihr Einkommen im Einzelnen nachzuweisen und für die Enkel einzusetzen.

Az: L & BK 1/10